

Protokoll der Mitgliederversammlung 2018

Ort: **Stadthalle Köln-Mülheim**
Jan-Wellem-Straße 2, 51065 Köln

Datum: **26. April 2018**

Zeit: **10:00 – 16:00 Uhr**

TOP 1 **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende Gaby Schnell begrüßt die Anwesenden herzlich, dankt der Seniorenvertretung der Stadt Köln und stellt die Beschlussfähigkeit fest (s. Anlage 1). Die Protokollführung liegt satzungsgemäß in den Händen der Schriftführerin Hildgard Jaekel.

TOP 2 **Grußworte**

Elfi Scho-Antwerpes

Bürgermeisterin der Stadt Köln

Die Bürgermeisterin Efi Scho-Antwerpes begrüßt alle Teilnehmenden der Mitgliederversammlung herzlich in Köln, im Stadtbezirk 9 Köln-Mülheim. Zur starken Basis der Landesseniorenvertretung gratuliert sie dem Vorstand und allen Seniorenvertreter/innen. An dieser starken Basis ist die Kölner Seniorenvertretung, die in diesem Jahr ihr 40-jähriges Bestehen feiert, beteiligt, so die Kölner Bürgermeisterin. Die SV Köln wirke nicht allein in der größten Stadt des Landes, sondern auch durch die Beteiligung von Kölner Seniorenvertreter/innen im Vorstand der LSV NRW. Sie erinnert an Georg Herwegh (Vorstandsmitglied von 1999 bis 2001) und an Dr. Uta Renn (von 2001 bis 2008[+]), die auch Vorsitzende der Landesseniorenvertretung war. Aktuell weist sie auf Dr. Martin Theisohn, der nicht nur in der Kölner Seniorenvertretung aktiv ist, sondern zugleich auch stellvertretender Vorsitzender der Landesseniorenvertretung ist.

Mit Bezug auf die Kölner Seniorenvertretung stellt Scho-Antwerpes die wichtige Bedeutung der Teilhabe älterer Menschen heraus. Sie unterstreicht dabei die vielen Beiträge der Kölner Seniorenvertretung in den 40 Jahren ihres Bestehens und Wirkens. Die Feier zum 40-jährigen Bestehen in Köln-Gürzenich habe diese wichtige Beteiligung an der Stadtgestaltung durch die Älteren deutlich öffentlich gezeigt. Die Seniorenvertretung ist in der Stadt Köln die Lobby der Älteren, sie zeige Politik und Verwaltung in der Stadt, wo es in der Seniorenpolitik ‚lang gehen soll‘. In diesem Zusammenhang gratuliert Scho-Antwerpes der LSV NRW zu ihrer neuen Veröffentlichung zum Thema *Altersarmut* und empfiehlt diese allen Politikerinnen und Politikern in den Kommunen und im Land, um dagegen etwas zu unternehmen. Abschließend wünscht sie allen eine gute Mitgliederversammlung und drückt ihren Wunsch und ihre Hoffnung nach Teilhabe für alle, gerade im Alter, aus.

Karl-Heinz Pasch

Stellvertretender Sprecher der Seniorenvertretung der Stadt Köln

Karl-Heinz Pasch, der stellvertretende Sprecher der SV Köln, begrüßt alle Teilnehmenden der Mitgliederversammlung und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass die diesjährige Versammlung der Landesseniorenvertretung in Köln-Mülheim stattfindet. Dabei unterstreicht er die wichtige Bedeutung der Stadtbezirke, in denen sich die Arbeit der Kölner Seniorenvertretung besonders zeige. Hier könne die

durch Urwahl demokratisch legitimierte Seniorenvertretung ihre Wirkung entfalten. Für alle Seniorenvertretungen empfiehlt er die Legitimation durch Wahlen. Solch eine einheitlich, demokratisch legitimierte Basis würde das Gewicht der kommunalen Seniorenvertretungen und der Landesseniorenvertretung stärken. Des Weiteren führt er aus, dass die Themenvielfalt in der Seniorenpolitik ein hohes Niveau der Beteiligung erfordere. Das Alter stelle quasi ein Dach für vielfältige Interessen dar. Zu dieser Themenvielfalt gehöre auch ein Bereich wie *Pflege* zwingend dazu. Hier dürfe es in Anbetracht der Notwendigkeiten und Erfordernisse aus Sicht der Betroffenen und der Gesellschaft insgesamt keine Politik nach Kassenlage geben. Zum Themenspektrum der Seniorenvertretungen gehöre zudem stets, so Pasch weiter, der Generationenbezug, in dem sich die SV Köln verortet sehe. Eine selbstbewusste Beteiligung alter Menschen an der Gestaltung ihrer Stadt gibt Pasch als abschließende Empfehlung an die Seniorenvertreter/innen der Versammlung und wünscht eine gute Mitgliederversammlung im gern gastgebenden Köln-Mülheim. Mit einem Dank an alle, die diese Mitgliederversammlung seitens der SV Köln ermöglicht haben, schließt sein Grußwort an die Versammlung der LSV NRW.

TOP 3 **Minister Karl-Josef Laumann**

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW

Aufgrund der parlamentarischen Sitzungswoche kann Minister Karl-Josef Laumann nicht persönlich an der Mitgliederversammlung teilnehmen. Er hat jedoch ein schriftliches Grußwort übersandt, das dem Protokoll beigelegt ist (s. Anlage 2).

TOP 4 **Annahme/Erweiterung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird unverändert angenommen.

TOP 5 **Bestätigung des Protokolls der Mitgliederversammlung 2017**

Da innerhalb der satzungsgemäßen Frist von vier Wochen nach Zugang des Protokolls der Mitgliederversammlung 2017 keine schriftlichen Einwendungen seitens der Mitglieder in der Geschäftsstelle eingegangen sind, gilt das Protokoll als bestätigt.

TOP 6 **Berichte**

Rechenschaftsbericht 2017 inklusive des Erledigungsstandes der Anträge aus dem Jahr 2017

a) **Gaby Schnell**

Die Vorsitzende bedankt sich bei Karin Rohkamm und Nicole Rauner von der Geschäftsstelle der Landesseniorenvertretung für die umfangreiche Arbeit zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung und für die Unterstützung der Vorstandsmitglieder in ihrer alltäglichen Arbeit. Barbara Eifert dankt sie für die Erstellung des Rechenschaftsberichtes und für die vielen Impulse und Anregungen. Gaby Schnell greift drei Schwerpunkte aus der Arbeit der Landesseniorenvertretung heraus:

1. Kooperationen

Auf der Landesebene ist die Landesseniorenvertretung als „starke Stimme der älteren Menschen“ Ansprechpartnerin der Landesregierung. Sie bezeichnet die Mitglieder (168 Seniorenvertretungen) als erste Kooperationspartner und begrüßt, dass sich zunehmend Seniorenvertretungen untereinander in ihrer Arbeit vernetzen. Es erfolgt ein besonderer Hinweis auf die gerade beschlossene „Gemeinsame Erklärung“ mit der Verkehrswacht (Begrüßung von Manfred Huckschlag, Vertreter der Verkehrswacht Münster). Diese Kooperation mit

der Verkehrswacht NRW hat nicht nur auf der Landesebene Bedeutung, sondern auch konkret vor Ort. Es wird beim Themenbereich „Mobilität und Sicherheit“ eine stärkere Zusammenarbeit von Seniorenvertretungen und Verkehrswacht gewünscht und empfohlen.

2. Jahresschwerpunktthema

Das Jahresschwerpunktthema des letzten Jahres ist als Werbung für die politische Arbeit der Seniorenvertretungen gedacht gewesen. Es geht weiterhin um die Umsetzung des § 27 a in der Gemeindeordnung. Die Landesseniorenvertretung wird sich auch zukünftig für eine Umsetzung einsetzen.

Das diesjährige Jahresschwerpunktthema lautet: „Alter – jetzt überall in Bewegung“. Dieses Thema macht auf die Bereitschaft alter Menschen in Seniorenvertretungen aufmerksam, in fast jeder Hinsicht beweglich zu sein. Alter bewegt sich also selbst – körperlich und geistig. Alter bewegt aber auch Politik – am Ort, im Land und auf der Bundesebene. Die Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter bringen in den Kommunen etwas in Bewegung. Sie beteiligen sich an der Gestaltung der Gesellschaft auf allen Ebenen. Dabei ist darauf zu achten, was alte Menschen unterstützt, um ein Leben mit Teilhabe führen zu können. Alter macht damit auch mobil.

3. Aktiv gegen Armut im Alter

Gaby Schnell hält die Broschüre „Aktiv – gegen Armut im Alter“ in Händen und schildert den langen und mühsamen Weg bis zur Fertigstellung dieser Broschüre, die als Werkbuch und Arbeitshilfe für die weitere Arbeit gedacht ist. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten. Ein besonderer Dank geht an die Redakteurin Vera von Achenbach, die nicht nur unterschiedliche Stimmen in diesem Buch zusammengebracht, sondern auch Projekte und Menschen befragt hat. Sie hat den Blick junger Menschen auf Altersarmut eingebunden. Die Gesamtkoordination hat bei Barbara Eifert gelegen, die maßgebliche Vorstandsbeteiligung hat Siegfried Paasche geleistet und die administrative Unterstützung ist durch Nicole Rauner von der Geschäftsstelle erfolgt.

Mit der Veröffentlichung dieser Broschüre „Aktiv – gegen Armut im Alter“ hat die Landesseniorenvertretung ein Thema von vielen Seiten beleuchtet, das sie schon lange im Blick hat. Sie bezieht dabei eine klare Position gegen Armut im Alter. Im Blick hat sie aber auch die heute armen Kinder, die die armen Alten von Morgen sind.

Die Vorsitzende schließt mit der Aufforderung an die Mitglieder, dieses Buch für die Arbeit zu nutzen und darauf hinzuwirken, dass vor diesem Thema die Augen nicht verschlossen werden.

Jürgen Jentsch, verantwortlich für den Geschäftsbereich „Öffentlichkeitsarbeit“, betont einleitend, wie wichtig eine gute und intensive Öffentlichkeitsarbeit für eine Organisation ist und gibt einen Rückblick auf die Ausgaben der Zeitschrift NUN REDEN WIR. Die Pressemitteilungen der Landesseniorenvertretung dienen als Empfehlungen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der kommunalen Seniorenvertretungen vor Ort und die Fachseminare der LSV NRW sind als Grundlage für die Arbeit der Seniorenvertretungen zu nutzen. Ergänzend dazu spricht Jürgen Jentsch verschiedene Themenbereiche an, z. B. Datenschutz, Digitale Stammtische, Kooperation mit dem Landessportbund, dem Westfälischen Turnerbund und den Verkehrsverbänden sowie die Mitarbeit im Landespräventionsrat. Es erfolgt ein Hinweis auf den Imagefilm der LSV NRW und die Ausstellung „Botschaften der Generationen“. Jürgen Jentsch betont, dass die Arbeit zur Aufnahme von kommunalen Seniorenvertretungen in die Gemeindeordnung fortgesetzt werden muss (§ 27 a). Wichtige Informationsquelle ist die Homepage der LSV NRW.

Dr. Martin Theisohn gibt einen ausführlichen Bericht über den Erledigungsstand der Anträge aus dem Jahr 2017 (s. Anlage 3).

b) Bericht des Schatzmeisters

Gaby Schnell, als kommissarische Schatzmeisterin, verweist auf den Kassenbericht im Rechenschaftsbericht des Jahres 2017. Sie betont, dass sich der Vorstand der Landesseniorenvertretung stets um einen sparsamen Umgang mit den Geldmitteln bemüht.

c) Bericht der Kassenprüfer

Am 26. Februar 2018 sind alle Unterlagen und Belege von den Kassenprüfern Dieter Pohl aus Minden und Karl-Heinz Poppek aus Rheda-Wiedenbrück geprüft worden.

Dieter Pohl lobt die hervorragende und übersichtliche Arbeit von Karin Rohkamm bei der Vorlage der Unterlagen. Es hat keine Beanstandungen gegeben.

d) Aussprache

Von den Delegierten der Mitgliederversammlung wurden verschiedene Themenbereiche angesprochen, z. B:

- Umgang mit der Broschüre „Aktiv gegen Armut im Alter“
- Gemeindeordnung § 27 a
- Mitnahme von E-Scootern im ÖPNV
- Gleichstellung von privater und gesetzlicher Krankenversicherung
- Information der Seniorenvertretungen über die neuen Bestimmungen im Datenschutz
- Einrichtung von Generationenparkplätzen
- Höheres Einsiegsalter (65 Jahre) für den Beginn einer Mitarbeit in Seniorenvertretungen

e) Entlastung des Vorstands

Dieter Pohl stellt den Antrag auf Entlastung des Vorstands. Dem Antrag wird einstimmig stattgegeben.

TOP 7

Wahlen

a) Wahl des Wahlausschusses

In den Wahlausschuss werden berufen:

- **Barbara Eifert**, wissenschaftliche Beraterin
- **Peter Vogt**, Düren

b) Wahl der Wahlleiterin/des Wahlleiters

Als Wahlleiter wird auf Vorschlag des Vorstands einstimmig **Andreas Burkert**, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, berufen.

c) Wahl der Stimmzählerinnen/Stimmzähler

Als Stimmzähler/innen werden berufen:

- Felicitas Vorpahl-Allweins, Köln
- Klara-Elisabeth Sader, Düsseldorf
- Cäcilia Brinkmann, Minden
- Rainer Krause, Hemer
- Wilhelm Jennissen, Aachen
- John Corcas Okello, Holzwickede

d) Nachwahl von drei Beisitzerinnen/Beisitzern

Als Beisitzer wurden in geheimer Wahl gewählt:

- Karl-Josef Büscher, Rheda-Wiedenbrück
- Klaus Czuka, Büren
- Brigitte Köster, Altenberge

Alle drei nehmen die Wahl an.

Nicht gewählt wurden:

- Josef Bone, Lüdinghausen
- Ulrich von Dreusche, Arnsberg
- Mathias Frings, Gronau
- Günter H. Kaiser, Ertfstadt

TOP 8 **Anträge 2018**

Vorstellung der Anträge und Votum der Antragskommission

Dr. Martin Theisohn stellt die Anträge vor und erläutert die jeweiligen Voten der Antragskommission (s. Anlage 4).

- Antrag Nr. 1 **Einrichtung von Integrationsräten gemäß § 27 Gemeindeordnung NRW**
Antragsteller: Seniorenrat der Stadt Bielefeld
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 2 **Landesfachstelle NRW „Trauma und Leben im Alter“**
Antragsteller: Seniorenrat der der Stadt Bielefeld
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit drei Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 3 **Ermäßigungen zum Besuch von Kultur und Freizeiteinrichtungen**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Haltern am See
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit vier Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 4 **„Digitalisierungsoffensive“ im öffentlichen Dienst**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Haltern am See
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit einer Enthaltung – zugestimmt.

- Antrag Nr. 5 **Bündnis Sozialticket NRW**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Moers
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission – mit einer Nein-Stimme und einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 6 **Altersarmut durch Hinterbliebenenrente**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Voerde
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 7 **Struktur der Seniorenvertretungen im Rahmen der Gemeindeordnung**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Köln
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission – mit drei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 8 **Kooptierung von Personen in den Vorstand der LSV NRW**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Köln
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit zwei Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 9 **Tarif- und Preispolitik der Verkehrsverbände**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Köln
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 10 **Transparenz der vom Vorstand der LSV NRW übernommenen Ämter**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Köln
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit zwei Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 11 **Bezahlbarer Wohnraum auch für Senioren**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Witten
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission – mit einer Nein-Stimme und einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 12 **Bessere finanzielle Ausstattung der solitären Kurzzeitpflege**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Lünen
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 13 **Budgetierung ärztlicher Leistungen**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 14 **Mütterrente II**
Antragsteller: Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.
- Antrag Nr. 15 **Anrechnung der Kindererziehungszeiten für Beamtinnen in NRW**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission – mit drei Nein-Stimmen – zugestimmt.

TOP 9 **Verschiedenes**

Während des Verlaufs der Mitgliederversammlung werden Seniorenvertretungen für langjährige Tätigkeiten mit einer Urkunde ausgezeichnet:

- | | |
|---|----------------------|
| • Seniorenrat der Stadt Aachen | 40-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenrat der Landeshauptstadt Düsseldorf | 40-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenbeirat der Stadt Halver | 40-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenvertretung der Stadt Köln | 40-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenrat der Stadt Ratingen | 40-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenbeirat der Stadt Herford | 30-jähriges Jubiläum |

TOP 10 **Schlusswort**

Gaby Schnell bittet für den Austragungsort der nächsten Mitgliederversammlung um schriftliche Vorschläge an die LSV NRW bis **Ende Juli 2018** und gibt den Hinweis, dass nach Beschlussfassung der Mitgliederversammlung im Jahr 2007 eine Ausrichtung möglichst zentral in Nordrhein-Westfalen gelegen sein soll. Zudem muss geprüft werden, inwieweit eine Finanzierung seitens der LSV NRW möglich ist, da für Mitgliederversammlungen nur ein begrenztes Budget zur Verfügung steht.

Sie bittet um Übersendung von drei Angeboten/Vorschläge für das Catering, einer Aufstellung der Getränkepreise sowie eine Liste der potentiellen Sponsoren. Details können in der Geschäftsstelle erfragt werden

Voraussetzungen zur Durchführung einer Mitgliederversammlung sind:

- Barrierefreiheit (sowohl im Zugang als auch innerhalb der Räumlichkeiten)
- Tischbestuhlung für ca. 300 Personen (ggf. parlamentarisch)
- Kostenübernahme der Hallenmiete für zwei Tage
- Übersendung von drei Angeboten/Vorschläge für das Catering
- Übersendung einer Aufstellung der Getränkepreise
- Potentielle Sponsoren

Nach einem Dank an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mitgliederversammlung wünscht Gaby Schnell einen guten Heimweg.

Münster/Dorsten
24. Mai 2018



Gaby Schnell
Vorsitzende



Hildegard Jaekel
Schriftführerin

Anlagen

- Anwesenheitsliste
- Grußwort von Minister Karl-Josef Laumann
- Bearbeitungsstand der Anträge 2017
- Beschlossene Antragstexte 2018

Anwesenheitsliste
Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung NRW e. V.
am 26. April 2018 in Köln-Mülheim

Stimmberechtigte Seniorenvertretungen:

1	Aachen	46	Hürth
2	Altenberge	47	Ibbenbüren
3	Arnsberg	48	Jülich
4	Bergisch Gladbach	49	Kaarst
5	Bielefeld	50	Kalletal
6	Borken, Kreis	51	Kerpen
7	Bornheim	52	Kevelaer
8	Brilon	53	Köln
9	Büren	54	Krefeld
10	Delbrück	55	Kreuztal
11	Detmold	56	Kürten
12	Dinslaken	57	Lengerich
13	Dörentrup	58	Lippstadt
14	Dormagen	59	Lohmar
15	Dorsten	60	Lüdinghausen
16	Dortmund	61	Lünen
17	Düren	62	Marl
18	Düsseldorf	63	Meerbusch
19	Elsdorf	64	Meschede
20	Emsdetten	65	Mettmann
21	Erfstadt	66	Minden
22	Erwitte	67	Moers
23	Espelkamp	68	Mülheim a. d. Ruhr
24	Essen	69	Münster
25	Extertal	70	Niederkassel
26	Geldern	71	Plettenberg
27	Gelsenkirchen	72	Porta Westfalica
28	Geseke	73	Pulheim
29	Gladbeck	74	Radevormwald
30	Greven	75	Ratingen
31	Gronau	76	Recklinghausen
32	Gütersloh	77	Recklinghausen, Kreis
33	Haan	78	Remscheid
34	Hagen	79	Rheda-Wiedenbrück
35	Halle	80	Rhede
36	Haltern am See	81	Rheinisch-Bergischer-Kreis
37	Halver	82	Schermbeck
38	Hamm	83	Selm
39	Hemer	84	Solingen
40	Herford	85	Spenge
41	Herne	86	Sprockhövel
42	Herzebrock-Clarholz	87	Steinfurt
43	Hilden	88	Steinfurt, Kreis
44	Hille	89	Steinhagen
45	Holzwickede	90	Straelen

- 91 Sundern
- 92 Troisdorf
- 93 Unna, Kreis
- 94 Vlotho
- 95 Werl
- 96 Wesel
- 97 Wesel, Kreis
- 98 Wesseling
- 99 Wetter
- 100 Willich
- 101 Witten
- 102 Wülfrath

**Nicht stimmberechtigte
Seniorenvertretungen:**

- 1. Bad Sassendorf
- 2. Bedburg-Hau
- 3. Euskirchen
- 4. Rheurdt
- 5. Rietberg

**Abwesende
Seniorenvertretungen:**

- 1. Ascheberg
- 2. Bad Honnef
- 3. Bad Lippspringe
- 4. Bad Oeynhausen
- 5. Bocholt
- 6. Bochum
- 7. Bönen
- 8. Bottrop
- 9. Burscheid
- 10. Castrop-Rauxel
- 11. Datteln
- 12. Duisburg
- 13. Eitorf
- 14. Emmerich
- 15. Erkrath
- 16. Eschweiler
- 17. Freudenberg
- 18. Grevenbroich
- 19. Hamminkeln
- 20. Hattingen

- 21. Havixbeck
- 22. Herzogenrath
- 23. Hiddenhausen
- 24. Hüllhorst
- 25. Iserlohn
- 26. Issum
- 27. Kierspe
- 28. Kirchlengern
- 29. Langenberg
- 30. Löhne
- 31. Lübbecke
- 32. Lügde
- 33. Marsberg
- 34. Meckenheim
- 35. Mettingen
- 36. Morsbach
- 37. Oberhausen
- 38. Oerlinghausen
- 39. Olpe
- 40. Petershagen
- 41. Preußisch Oldendorf
- 42. Rees
- 43. Rheinbach
- 44. Rheinberg
- 45. Rheine
- 46. Rommerskirchen
- 47. Rösrath
- 48. Schieder-Schwalenberg
- 49. Sendenhorst
- 50. Siegen
- 51. Soest
- 52. Stolberg
- 53. Übach-Palenberg
- 54. Uedem
- 55. Voerde
- 56. Waltrop
- 57. Weeze
- 58. Wermelskirchen
- 59. Werne
- 60. Wuppertal
- 61. Zülpich



Grußwort
des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

anlässlich der
„Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen“

am 26. April 2018 in Köln

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne wäre ich zur diesjährigen Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen gekommen. Meine Verpflichtungen als Minister lassen es leider nicht zu. Der Respekt vor dem Parlament gebietet es, dass ich bei der heutigen Plenarsitzung, gemeinsam mit den anderen Kabinettsmitgliedern, anwesend bin.

Nordrhein-Westfalen durfte vor zwei Jahren seinen 70-jährigen Geburtstag feiern. Das Land ist älter geworden. Die Menschen, die es aufgebaut haben und auszeichnen, auch. Unsere Gesellschaft altert und dies wirkt sich auf das Zusammenleben und das Leben jedes Einzelnen aus. Der demographische Wandel ist aber keine Bedrohung, sondern vielmehr eine Chance. Wir leben länger und können ein möglichst gesundes und erfülltes Leben führen. Das ist es doch, was wir uns wünschen: viele schöne Jahre und eine hohe Lebensqualität.

Wenn Oma und Opa nicht wären, wüssten heute manche Eltern nicht, wie sie Familie und Beruf unter einen Hut bringen sollen. Die Erfahrungen und das Wissen der älteren Generation sind wertvoll und wir brauchen diese Generation an ganz vielen Stellen: in der Nachbarschaft, der Kirchengemeinde, im Verein oder auch im früheren Betrieb. Ohne die ehrenamtliche Arbeit der älteren Menschen wäre Nordrhein-Westfalen nur halb so liebens- und lebenswert.

Vor Ort haben die Seniorenvertretungen ein Ohr für die Bedürfnisse der älteren Menschen. Sie bringen sich konsequent in den Kommunen ein und engagieren sich in eigener Sache und für das Gemeinwohl zugleich. Die Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen bündelt diese Kräfte und gibt den Anliegen der Seniorinnen und Senioren auch gegenüber der Landesregierung mehr Gewicht.

Aus meiner christlichen Grundhaltung heraus ist es mein Ziel, die Lebenschancen und die Lebensqualität für die Menschen zu verbessern. Doch Politik kann nur dann

gut und erfolgreich sein, wenn sie zuhört und sich an dem orientiert, was die Menschen wollen.

Die Landesseniorenvertretung ist die Stimme der älteren Generation. Durch ihre Expertise und Unabhängigkeit ist sie Rat- und Impulsgeberin zugleich. Als Ihr zuständiger Fachminister freue ich mich sehr darüber, die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen zu können.

Sie nehmen an der heutigen Mitgliederversammlung teil, weil sie zu den Seniorinnen und Senioren gehören, die mitreden, mitentscheiden und mitmachen wollen. Sie wollen die geschenkte Zeit nutzen und das Miteinander gestalten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen bei den anstehenden Diskussionen und Entscheidungen eine gute Hand und Gottes Segen.

Ihr



Karl-Josef Laumann

Bearbeitungsstand Anträge 2017

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitung /Aktivitäten
1	Seniorenbeirat der Stadt Dormagen	Gleichstellung von Kassen- und Privatpatienten bei Arztfehlern	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass alle Krankenkassen (private und gesetzliche) ihren Mitgliedern bei Verdacht auf ärztliche Therapiefehler entsprechende Gutachter kostenlos zur Verfügung stellen.	<p>Nach dem Patientenrechtegesetz sollen die gesetzlichen Krankenkassen bei begründetem Verdacht auf einen Behandlungsfehler, auf Antrag des Patienten durch den MDK ein Gutachten erstellen lassen, das den Behandlungsfehler bestätigen kann.</p> <p>Wunsch des Antragstellers war es, dass die Privatkassen dies ähnlich handhaben sollen.</p> <p>Wir haben deshalb die PKV angeschrieben und diesen Wunsch vorgetragen. Dort war man aber der Auffassung, dass eigene Aktivitäten der Privatkassen nicht erforderlich sind, sondern sich der Patient doch direkt an den Gutachterausschuss der jeweiligen Ärztekammer wenden solle. Dieses Verfahren ist ebenfalls kostenfrei und dauert im Schnitt 15 Monate. Die Antwort ist unbefriedigend. Vielleicht kann über die Kommission zur Weiterentwicklung der Krankenkassen noch etwas für die Privatversicherten erreicht werden.</p>
2	Seniorenbeirat der Gemeinde Hille	Ausbildung und Förderung von Pflegepersonal in der Altenhilfe	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, der Bundesregierung und den zuständigen Verbänden für eine Steigerung der Zahl der Auszubildenden als Pflegefachkraft oder als Pflegehelfer einzusetzen. Zusätzlich soll auch die Attraktivität des Altenpflegeberufes sowohl durch eine Verbesserung der Bezahlung als auch durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Zusammenspiel der Pflegekassen, der Sozialkassen und der Einrichtungsträger gesteigert werden.	<p>Die Mitglieder des Vorstandes haben in den verschiedenen Gremien der Landeskonferenz <i>Alter und Pflege</i> diese Fragen vorgetragen und dazu viel Zustimmung der Mitglieder dieser Gremien erhalten. Es wurden dazu auch unterstützende Beschlüsse gefasst.</p> <p>Nun haben wir diese Fragen auch der Landesregierung sowie den Verbänden vorgetragen und hoffen auf Unterstützung unserer Forderungen. In den Koalitionsverhandlungen sind diese Fragen ebenfalls erörtert worden.</p> <p>Von Landesminister Karl-Josef Laumann kam nun eine Antwort. Er kündigt verschiedene Maßnahmen an, um die Situation zu verbessern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze in der Krankenpflege in den Krankenhäusern auf Kosten der GKV; 2. Fortsetzung der Förderung der Altenpflegeausbildung durch die Fachseminare und Finanzierung über die Umlage; 3. Schaffung von zusätzlichen Personalstellen in den Krankenhäusern auf Kosten der GKV; 4. Durchführung der Pflegeausbildungsreform, die die Krankenpflege für viele attraktiver machen soll; 5. Tarifbindung für alle Arbeitgeber und verbesserte Bezahlung.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitung /Aktivitäten
3	Senioren- vertretung der Stadt Emmerich am Rhein	Erleichterung des Parkens für Gehbehinderte	Die Mitgliederversammlung empfiehlt den kommunalen Seniorenvertretungen, in Verhandlungen mit den zuständigen kommunalen Stellen die Ausweisung von je 1 - 2 Parkplätzen für Gehbehinderte beim Rathaus, der Meldebehörde und den Beratungsstellen für Senioren und Behinderte zu veranlassen. Als Beispiel wird auf die Gemeinde Espelkamp verwiesen.	Der Vorstand der LSV hat die Mitglieder angeschrieben und auf verschiedene Beispiele der Kennzeichnung von Parkplätzen für Gehbehinderte oder Senioren hingewiesen. Diese Beschilderung ist in der Straßenverkehrsordnung nicht vorgesehen und die Freihaltung der Parkplätze kann deshalb nicht eingeklagt werden. In aller Regel werden diese Hinweise aber berücksichtigt und Gehbehinderte und Senioren haben dann kürzere Wege zu ihrem Amt.
4 + 14	Seniorenbeirat der Stadt Gladbeck und Seniorenbeirat der Stadt Wesseling	Verbesserung der Hinterbliebenen- versorgung - Altersarmut stoppen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung und den Parteien dafür einzusetzen, dass die „Hinterbliebenenrente“ wieder auf 60 % angehoben wird. Zusätzlich sollen die Freibeträge bei der Anrechnung der eigenen Rente ebenfalls erhöht werden.	Der Vorstand hat im Rahmen der Koalitionsverhandlungen (Jamaika) alle Fraktionen im Bundestag angeschrieben und um Beachtung dieser Fragen gebeten. Leider hat bisher nur die SPD-Fraktion darauf geantwortet. Hier wurde ausgeführt, dass die SPD die Hinterbliebenenversorgung beibehalten will. Eine Verbesserung sei aber in den vorliegenden Mehrheitsverhältnissen nicht durchsetzbar. Zusätzlich müsste diese Rente eigentlich auch aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Unseren Hinweis auf Verbesserung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten (3 statt 2 Punkte) hat die CSU durchgesetzt. Das Thema ist weiterhin relevant und wird weiter bearbeitet.
5	Forum Senioren der Stadt Haminkeln	Freiwillige Fahreignungsprüfung	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die kommunalen Seniorenvertretungen gemeinsam mit der Verkehrswacht bzw. den Verkehrsclubs den älteren Mitbürgern die Durchführung von Reaktionsprüfungen, Seh- und Hörprüfungen sowie Fahrtrainings anbieten. Ein Zwang zur Durchführung von Fahreignungstests ab einem bestimmten Alter wird abgelehnt.	In diesem Bereich hat der Vorstand sich mehrmals an die Mitglieder gewandt und um Zusammenarbeit mit der regionalen Verkehrswacht und den regionalen Verkehrsunternehmen geworben. Mittlerweile konnte auch ein Kooperationsvertrag mit der Landesverkehrswacht abgeschlossen werden. Gemeinsam soll das Projekt „Fit und sicher am Steuer“ in NRW durchgeführt werden. Die Landesverkehrswacht wird bei unserer Mitgliederversammlung wieder präsent sein und verschiedene Hilfsmittel an ihrem Stand zeigen. Zusätzlich ist vorgesehen, dass die Landesverkehrswacht bei allen unseren regionalen Fachkonferenzen eine Arbeitsgruppe zur Mobilität übernehmen wird. Die lokalen Seniorenvertretungen sollen mit der regionalen Verkehrswacht gemeinsame Veranstaltungen zur Seniorenmobilität durchführen.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitung /Aktivitäten
6	Kreissenoren- vertretung Steinfurt	Umfassende Hospizversorgung	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Krankenkassen und den Ärzteverbänden dafür einzusetzen, dass auf Landesebene eine einheitliche und umfassende Versorgung mit stationären Hospizen gewährleistet wird. Zusätzlich soll auch die ehrenamtliche ambulante Hospizarbeit unterstützt werden. Damit soll der Wunsch der Menschen erfüllt werden, die letzten Lebenstage zu Hause im Kreise ihrer Angehörigen oder wohnortnah in einem Hospiz in Würde und Geborgenheit zu verbringen.	Der Vorstand hat sich mit einem Schreiben an eine große Zahl relevanter Empfänger gewandt und um Umsetzung dieses Beschlusses gebeten. Insgesamt erscheint die Versorgung mit stationären Hospizen und dem ambulanten Hospizdienst in Nordrhein-Westfalen ausreichend, aber noch ausbaufähig. Diese Auffassung wird auch vom Hospiz- und Palliativverband NRW bestätigt. Er wünscht sich eine deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den ambulanten Hospizdiensten, den Krankenhäusern und den Pflegeheimen. Zusätzlich sollte die Palliativversorgung sowohl ambulant als auch stationär verbessert werden.
7	Seniorenbeirat der Stadt Remscheid	Aufnahme der Seniorenvertretung in die Gemeindeordnung NRW	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Bildung von kommunalen und Kreis-Seniorenvertretungen als Muss-Vorschrift in die Gemeindeordnung aufgenommen wird. Neben der Aufnahme in die Hauptsatzung erhält die kommunale Seniorenvertretung ein Rede- und Antragsrecht sowie Zugang als Sachkundige Einwohner zu allen relevanten Ratsausschüssen.	Der Vorstand hat diesen Antrag bei den Gesprächen mit der neuen Ministerin („Heimatministerium“) und den Fraktionen vorgetragen. Aktuell ist die neue Regierung in NRW nicht gewillt, in diesem Bereich und in unserem Sinne aktiv zu werden. Unsere Wünsche haben wir auch in einem Gespräch mit dem Städte- und Gemeindebund NRW vorgetragen. Dieser wird sich positiv zu den Möglichkeiten des § 27 a Gemeindeordnung äußern und dabei die Gestaltungshoheit der Kommunen betonen. Trotzdem werden wir unser Ziel nicht aus dem Auge verlieren und immer wieder auf dieses Anliegen zurückkommen.
8	Seniorenbeirat der Stadt Remscheid	Erhalt der Papiertickets ohne Bevorzugung der Handy-Tickets	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die gängigen Einzel- und Mehrfahrentickets auch in Zukunft am Schalter, am Automaten und/oder beim Fahrer als Papierticket zu erwerben sind. Andere (technische) Lösungen werden dann begrüßt, wenn ihre Nutzung (wie beim Papierticket) einfach und unkompliziert ist. Eine Bevorzugung des „Handy-Tickets“ wird nicht unterstützt.	Dieser Antrag wurde an die drei Verkehrsverbände gesandt und wird in den Jours fixes mit den Verantwortlichen der Verkehrsverbände diskutiert. So haben wir beim VRR und VRS darauf hingewiesen, dass wir es nicht wünschen, dass das Handy-Ticket günstiger ist als das Papierticket. Zusätzlich wird bei beiden Verkehrsträgern jetzt ein Handy-Ticket vorbereitet, das die kilometergenaue Abrechnung der jeweiligen Fahrt ermöglicht. Auch dies haben wir kritisch gesehen. Als die neue Regierung das Sozialticket abschaffen wollte, haben wir mit anderen zusammen sehr heftig protestiert und dazu auch eine Presseerklärung herausgegeben. Nun soll ja das Sozialticket erhalten bleiben, aber ohne Aufstockung der notwendigen Finanzmittel. Die LSV wird sich weiterhin sowohl für das Papierticket als auch für das Sozialticket einsetzen.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitung /Aktivitäten
9	Seniorenbeirat der Gemeinde Kalletal	Medizinische Versorgung	<p>Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Ärztekammern und den Kassenärztlichen Vereinigungen dafür einzusetzen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Überversorgung mit Kassenarztsitzen in den Zentren zu Gunsten der ländlichen Bereiche abgebaut wird, • die Ansiedlung von Hausärzt*innen und Fachärzt*innen in den ländlichen Bereichen gefördert wird und die Bedingungen der Niederlassung und des Führens der Praxis erleichtert und familienfreundlich gestaltet werden können, • die erhöhte zeitliche Belastung in den Landpraxen (Hausbesuche etc.) durch einen Bonuszuschlag bei der Vergütung berücksichtigt wird. 	<p>Wir haben Gesundheitsminister Laumann unsere Wünsche vorgetragen und konnten feststellen, dass einiges davon nun umgesetzt werden soll. So soll die Hausarzt-niederlassung im ländlichen Bereich finanziell stärker gefördert werden. Die Zahl der Hausärzte soll dadurch gesteigert werden, dass es bei der Ausbildung der Medizinstudierenden besondere Quoten für jene geben soll, die Hausarzt werden und auf dem Lande praktizieren wollen. Zusätzlich sollen an allen Universitäten endlich Lehrstühle für Allgemeinmedizin geschaffen werden und die Zahl der Studienplätze – insbesondere in Bielefeld – soll erhöht werden. Was die Niederlassung von Fachärzten angeht, wurde leider auf den Gemeinsamen Bundesausschuss verwiesen. Der Minister war bisher nicht bereit, sich bei den Kassenärztlichen Vereinigungen persönlich für vernünftige Lösungen einzusetzen. Der Städte- und Gemeindebund schließt sich unserer Auffassung an, dass die Arztsitze (Allgemein- und Fachärzte) kommunal angesiedelt werden sollten und nicht jeweils in den Kreismittelpunkten. Die LSV wird diese Probleme weiterhin beobachten und Verbesserungen einfordern.</p>
10	Seniorenbeirat der Stadt Willich	Verbreiterung der öffentlichen Parkplätze	<p>Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass in der Sonderbauverordnung die normale Parkplatzbreite auf 2,60 m festgelegt wird, da die üblichen Personenkraftwagen immer breiter werden.</p>	<p>Der Vorstand hat das zuständige Ministerium (Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung) angeschrieben. Von dort wurde zugestimmt, dass sich die Breite der Parkplätze an der Breite der aktuell zugelassenen PKW orientieren müsse. Der „Standard-PKW“ ist um 15 cm breiter geworden. Deshalb wurde nun in der Bauordnung die Mindestbreite von Parkständen in Parkgaragen von 2,30 m auf 2,45 m erhöht. Eine weitere Verbreiterung wäre sicher sinnvoll, würde aber die Baukosten deutlich erhöhen (1000 € pro 10 cm, pro Stellplatz). Entsprechend würden sich auch die Mieten erhöhen. Zusätzlich ist die Breite der öffentlichen Parkplätze außerhalb von Garagen durch die EAR 05 festgelegt (Bundesrecht). In diesem Bereich werden Breiten von 2,50 - 2,90 m in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten (Wand oder Gehweg auf einer Seite etc.) geregelt. Insgesamt wurde zugesagt, bei einer erforderlichen Novellierung der Sonderbauverordnung unseren Vorschlag erneut zu prüfen.</p>

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitung /Aktivitäten
11	Seniorenbeirat der Stadt Willich	Bundeseinheitliche Polizeidienstausweise	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass bei den Polizeien der Länder und des Bundes einheitliche, fälschungssichere mit Bild und Blindenschrift versehene Polizeidienstausweise im Scheckkartenformat eingeführt werden.	Der Vorstand hat sich an Minister Reul (Ministerium des Innern NRW) gewandt. Von dort wurde uns mitgeteilt, dass das Land NRW bereits fälschungssichere Ausweise im Scheckkartenformat habe. Die anderen 15 Bundesländer hätten ihre eigenen Verfahren und Anforderungen. Man sehe keinen Grund, sich für eine Vereinheitlichung in der Innenministerkonferenz einzusetzen.
13	Seniorenvertretung der Stadt Lohmar	Finanzielle Verbesserung der Palliativversorgung in der häuslichen sowie der stationären Versorgung	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich auf Landes- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Finanzierung der Palliativpflege und der Sterbebegleitung in den Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen, den Hospizen sowie bei der ambulanten Palliativpflege und der ambulanten Hospizbegleitung durch eine jeweils gleiche Sondervergütung verbessert wird.	Der Vorstand hat mit diesem Anliegen alle relevanten Stellen angeschrieben und um Beachtung dieses Beschlusses gebeten. In unserem Schreiben wurde besonders darauf hingewiesen, dass die stationären Pflegeeinrichtungen durch die nicht geförderte Personalausstattung für diesen Bereich benachteiligt sind. Bei den Antworten der Ärztekammer NR, der Landesregierung, der Bundesregierung sowie der GKV-Bundesorganisation wurde darauf hingewiesen, dass das 2015 beschlossene Hospiz- und Palliativgesetz bereits viele Verbesserungen gebracht habe und weitere bringen werde. Krankenhäuser und ambulante Palliativ-Ärzte könnten die anfallenden Leistungen ohne Budget-Begrenzung abrechnen. Bei den Pflegeeinrichtungen habe man im PSG II+III nun die Palliativpflege in den Aufgabenkatalog aufgenommen, so dass damit ebenfalls kein Handlungsbedarf besteht. Zusätzliche Mittel zur Durchführung der Palliativpflege in den Pflegeheimen werden strikt abgelehnt. Die LSV wird in den entsprechenden Landesgremien nachfragen, wie die Pflegevergütungen durch diese Aufgabenänderung angestiegen sind.
15	Seniorenbeirat der Stadt Lüdinghausen	„Barrierefreier“ Zugang zu Informationen für Seniorinnen und Senioren	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, mit der Landesregierung Verhandlungen aufzunehmen, um eine Zielvereinbarung abzuschließen in der geregelt wird, wie ein barrierefreier Zugang zu Informationen zur selbstständigen Lebensgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Seniorinnen und Senioren mit Behinderungen geschaffen werden kann. Dazu sind auch Beratungsstellen und Informationsmaterialien in leichter Sprache vorzusehen.	Der Vorstand hat sich an das MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) gewandt und um Unterstützung bei der Umsetzung dieses Beschlusses gebeten.
16	Seniorenbeirat der Stadt Dortmund	Seniorenvertreter als Sachkundige Einwohner in den Bezirksvertretungen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und den Landtagsfraktionen dafür einzusetzen, dass die Gemeindeordnung so geändert wird, dass auch die Bezirksvertretungen Sachkundige Einwohner mit Rede- und An-	Der Vorstand hat die Landesregierung angeschrieben und um Änderung der Gemeindeordnung gebeten. Eine Rückantwort ist bisher nicht eingetroffen. Es soll nun zusätzlich auch der Städtetag angeschrieben und auf dieses Problem aufmerksam gemacht werden. Bisher sind dazu

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitung /Aktivitäten
			tragsrecht (ähnlich den Sachkundigen Einwohnern in den Ratsausschüssen) berufen können. Diese Anhörungspersonen könnten von der Seniorenvertretung, dem Integrationsrat oder der Jugendvertretung vorgeschlagen werden.	keine Antworten eingegangen. Die LSV wird deshalb nochmals nachfragen.
17	Seniorenrat der Landeshauptstadt Düsseldorf	Erhöhung der Bettenzahl für geriatrische PatientInnen und bessere Versorgung von PatientInnen mit Demenz in den Krankenhäusern	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die Krankenhausplanung den steigenden Bedarf an Betten im Bereich der Geriatrie und der geriatrischen Rehabilitation berücksichtigt. Zusätzlich muss darauf geachtet werden, dass in allen Krankenhausbereichen besondere Vorkehrungen für die Aufnahme von Patientinnen und Patienten mit Demenz getroffen werden, wie z. B. besondere Narkoseformen, geschützter Umgang unter Assistenz von pflegenden Angehörigen und Unterbringung in besonderen Stationen.	Der Vorstand hat sich an die Landesregierung (Minister Laumann) und die Krankenhausgesellschaft NRW gewandt und um Unterstützung und um Umsetzung dieses Beschlusses gebeten. Die Landesregierung verwies darauf, dass es im Krankenhausbedarfsplan 2015 eine deutliche Steigerung der geriatrischen Betten gegeben habe. Die KGNW stimmte unserer Forderung nach weiterer Aufstockung dieser Betten ausdrücklich zu und will diese Forderung auch gegenüber der Landesregierung vertreten. Die Landesregierung geht davon aus, dass nun ausreichend Reha-Kliniken für geriatrische Patienten zur Verfügung stehen und dass entsprechend § 111 SGB V die Patienten die ihnen genehmen Reha-Einrichtungen auch gegen den Willen der Krankenkassen wählen können. Die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Demenz-Patienten wurde nicht gesehen. Die LSV bittet die örtlichen Seniorenvertretungen, in ihrem Bereich die Einrichtung von geriatrischen Stationen und Reha-Einrichtungen zu fordern.
18	Seniorenbeirat der Stadt Essen	Fahrkartenautomaten im VRR	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber den Verkehrsverbänden und der Landesregierung dafür einzusetzen, dass <ol style="list-style-type: none"> 1. die Fahrscheinautomaten modernisiert und nutzerfreundlicher gestaltet werden, 2. eine Vielzahl der Automaten mit der Video-Hilfe ausgestattet werden, so dass die Nutzer bei Schwierigkeiten direkt mit einer Personal-besetzten Verkaufsstelle (NextAgent) Kontakt aufnehmen können, 3. die Automaten vereinheitlicht werden – zumindest landesweit in NRW. 	Dieser Beschluss wurde den drei Verkehrsverbänden zur Kenntnis gegeben und in den Jours fixes wurde darüber gesprochen. Im VRR-Bereich wurde die Programmierung der Automaten an eine externe Firma vergeben. Diese hat Mitte Dezember ihr Konzept einem kleinen Kreis der Seniorenvertreter vorgestellt. Bei den Jours fixes im März soll dieser Beschluss erneut vorgetragen werden. Nach Auskunft des VRS und des VRR hat bisher nur die DB solche Video-Beratungsstationen im Angebot. Angeblich soll auch der NWL die Anschaffung von Video-Beratung erwägen.
19	Seniorenbeirat der Stadt Bocholt	Krebsvorsorgeuntersuchung ohne Altersbegrenzung	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass die jährlichen, von den Krankenkassen übernommenen Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen (auch Krebsvorsorge) ohne Altersbegrenzung auch nach dem 70. Lebensjahr möglichst von allen Frauen, aber auch den Männern wahrgenommen werden können. Die Organisatoren des Mammografie-Screening werden	Der Vorstand hat die beiden Kassenärztlichen Vereinigungen in NRW und die beiden Ärztekammern angeschrieben. Die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein verwies darauf, dass für das Screening-Programm der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) zuständig sei. Sie selbst würde aber eine altersmäßige Ausweitung des Screening-Programmes wünschen. Die Ärztekammer Nordrhein ging sehr detailliert auf unsere

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitung /Aktivitäten
			<p>gebeten, bei Beendigung des Screenings im 70. Lebensjahr auf die Fortsetzung der Krebsvorsorge im Rahmen der Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen hinzuweisen.</p>	<p>Forderungen ein. Sie verwies auf das Risiko der Überdiagnosen und der zusätzlichen Untersuchungen bei auffälligem Befund, ohne dass tatsächlich dann ein Karzinom entdeckt wird. Diese Probleme seien durch den GBA angegangen worden, in dem die Einladungsschreiben verändert wurden. Zusätzlich wurde darauf hingewiesen, dass es möglich ist, auch vorher ein ärztliches Gespräch im Rahmen der Vorsorge zu vereinbaren. Auch dieses Gespräch ist kostenfrei.</p> <p>Leider konnten beide Ansprechpartner sich nicht dazu entschließen, der Screeningstelle die Empfehlung zu geben, bei dem letzten Screening auf die jährliche kostenlose Gesundheitsvorsorgeuntersuchung (Krebs, Herzinfarkt, Diabetes etc.) hinzuweisen.</p>
Antrag aus 2015				
13	<p>Kreis-Seniorenkonferenz Kreis Unna</p>	<p>Elektromobile (E-Scooter) in öffentlichen Verkehrsmitteln</p>	<p>Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und den Verkehrsunternehmen dafür einzusetzen, dass landeseinheitlich gehbehinderte Personen mit E-Scootern als anerkannte Hilfsmittel den ÖPNV in Bus und Bahn mit ihrem Fahrzeug nutzen können.</p>	<p>Der Vorstand hat sich an den Verkehrsminister gewandt und um Unterstützung des Anliegens der Seniorenvertretungen gebeten.</p> <p>Ein von dort in Auftrag gegebenes Hauptgutachten liegt nun vor und sieht im Bus keine Gefahren, wenn der E-Scooter längs entgegen der Fahrtrichtung aufgestellt werden kann und der Fahrer sich zusätzlich sichern kann. Nach bundesweiter Abstimmung hat der Verkehrsminister einen Erlass bekannt gemacht, in dem die Bedingungen für die Mitnahme von E-Scootern geklärt wurden. Diese Bedingungen sind allerdings schwer zu erfüllen, weil die Hersteller der E-Scooter bisher nur wenige Modelle auf dem Markt haben, die diese Bedingungen erfüllen.</p> <p>Der Vorstand hat sich deshalb nochmals an alle Beteiligte gewandt (Verkehrsminister, Bundes-GKV, Hersteller) und um Unterstützung gebeten. Leider haben sich die Hersteller wenig auskunftsfreudig gezeigt und betont, dass erst bei einer neuen Produktreihe die Anforderungen erfüllt werden können. In allen Jours fixes mit den Verkehrsverbänden ist dieses Thema ebenfalls angesprochen worden.</p> <p>Wir erwarten, dass es in 2018 weitere Verbesserungen geben wird. Die Verkehrsverbände sind mit den Behindertenvertretungen im Gespräch und planen die maximale Länge auf 140 cm anzuheben. Zusätzlich sollen auch die Beförderungsbedingungen geändert werden, sodass der E-Scooter-Nutzer nun selbst dafür verantwortlich ist, dass er eine erforderliche Einweisung in die Bus- und Bahnbenutzung erhält.</p>

Beschlossene Antragstexte 2018

Nr.	Antragsteller	Thema	Text
1	Seniorenrat der Stadt Bielefeld	Einrichtung von Integrationsräten gemäß § 27 Gemeindeordnung NRW	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, dass im Bereich der Gemeindeordnung weiterhin eine gute Repräsentanz und Mitwirkungsmöglichkeit für ausländische Mitbürger – insbesondere ausländische Seniorinnen und Senioren – gewährleistet ist. Insofern muss der § 27 GO erhalten bleiben.
2	Seniorenrat der Stadt Bielefeld	Landesfachstelle NRW „Trauma und Leben im Alter“	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung für eine Beratungsinstitution auf Landesebene einzusetzen, die sowohl das Problem der Trauma-Auswirkung bei Älteren (z. B. Krieg- und Flucht-Trauma) als auch die Probleme der aktuellen Kriegsflüchtlinge sowie der Opfer von Gewalt und Terror bearbeitet und den örtlichen Beratungs- und Therapiestellen Unterstützung bietet. Diese Unterstützung muss niederschwellig erreichbar sein.
3	Seniorenbeirat der Stadt Haltern am See	Ermäßigungen zum Besuch von Kultur- und Freizeit-Einrichtungen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen dafür einzusetzen, dass für Behinderte, Bedürftige und für ältere Menschen reduzierte Eintrittspreise für Museen, Konzerte, Oper und Schauspiel sowie weitere Kulturevents angeboten werden.
4	Seniorenbeirat der Stadt Haltern am See	„Digitalisierungsoffensive“ im Öffentlichen Dienst	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung, der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen dafür einzusetzen, dass im Rahmen der „Digitalisierungsoffensive der öffentlichen Dienstleistungen“ weiterhin analoge Dienstleistungen (Bürgerbüro, Beratung etc.) angeboten werden, damit auch dem großen Bevölkerungsteil, der mit PC und Smartphone nicht umgehen kann, weiterhin diese notwendigen Dienstleistungen angeboten werden.
5	Seniorenbeirat der Stadt Moers	Bündnis Sozialticket NRW	Die Landesseniorenvertretung NRW e. V. beteiligt sich an dem am 27. Januar 2018 in Wuppertal gegründeten „Bündnis Sozialticket NRW“ und unterstützt die von diesem Bündnis für den Mai 2018 geplanten Aktionstage und nimmt teil an der für den Herbst 2018 vorgesehenen Aktionskonferenz zum Erhalt des Sozialtickets in Nordrhein-Westfalen und zur Verbesserung der Nachfragesituation und der Angebotsbedingungen für ein Sozialticket in NRW und bundesweit. Die LSV NRW e. V. setzt sich dabei und darüber hinaus für eine die soziale Teilhabe vollumfänglich ermöglichende Mobilität im Alter ein.
6	Seniorenbeirat der Stadt Voerde	Altersarmut durch Hinterbliebenenrente	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung, den Parteien und im Rahmen der Kommission zur Rentenreform dafür einzusetzen, dass die Hinterbliebenenrente auf mindestens 60 % angehoben wird. Zusätzlich sollen auch die Freibeträge bei der Anrechnung der eigenen Rente angehoben werden.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text
7	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Struktur der Seniorenvertretungen im Rahmen der Gemeindeordnung	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich weiterhin gegenüber der Landesregierung sowie den Landtagsfraktionen dafür einzusetzen, dass die Schaffung von Seniorenvertretungen als Muss-Vorschrift in die Gemeindeordnung aufgenommen wird. Die Bildung der Seniorenvertretung erfolgt dann durch Wahl. Die Wahlperioden sollten denen der Kommunalwahlen entsprechen. Die Seniorenvertretungen entsenden Sachkundige Einwohner (§ 58 (4) GO) in die für Seniorenfragen relevanten Ausschüsse des Rates und sie erhalten finanzielle, personelle und sächliche Unterstützung durch Rat und Verwaltung. Die Mitgliederversammlung bittet die örtlichen Seniorenvertretungen, sich gegenüber den örtlichen Gremien und den Landtagsabgeordneten für eine entsprechende Änderung des § 27 a einzusetzen.
8	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Kooptierung von Personen in den Vorstand der LSV NRW	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, in seine Geschäftsordnung den folgenden Text aufzunehmen: Im Rahmen der Kooptierung von Personen in den Vorstand der Landesseniorenvertretung wird diese sich mit der Seniorenvertretung des betreffenden Mitgliedes ins Benehmen setzen.
9	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Tarif- und Preispolitik der Verkehrsverbände	Die Mitgliederversammlung bestätigt ihren Beschluss von 2017 und fordert den Vorstand auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die gängigen Einzel- und Mehrfahrentickets auch in Zukunft am Schalter, am Automaten und/oder beim Fahrer als Papierticket zu erwerben sind. Andere (technische) Lösungen werden dann begrüßt, wenn ihre Nutzung (wie beim Papierticket) einfach und unkompliziert ist. Eine Bevorzugung des „Handy-Tickets“ wird nicht unterstützt.
10	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Transparenz der vom Vorstand der LSV NRW übernommenen Ämter	Der Vorstand der LSV weist die Mitglieder der Landesseniorenvertretung darauf hin, dass in den Rechenschaftsberichten sowohl die Zuordnung der Mitglieder des Vorstandes zu den verschiedenen Gremien und Aufgaben als auch deren Tätigkeit dabei ausführlich dargestellt ist.
11	Seniorenvertretung der Stadt Witten	Bezahlbarer Wohnraum auch für Senioren	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Bereitstellung von öffentlich gefördertem und damit preiswertem Wohnraum gesteigert wird. Des Weiteren soll der Mietanstieg bei Sanierung einer Wohnung soweit vermindert werden, dass der langjährige Mieter weiterhin die Miete zahlen kann. Auf jeden Fall muss vermieden werden, dass der langjährige Mieter dann diese Wohnung aufgeben muss.
12	Seniorenbeirat der Stadt Lünen	Bessere finanzielle Ausstattung der solitären Kurzzeitpflege	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung sowie den Kostenträgern und den Leistungserbringern in der Pflege dafür einzusetzen, dass die Zahl der Kurzzeitpflegeplätze erhöht wird. Dazu ist auch eine Verbesserung der Finanzierung sowie der Abschreibung in Betracht zu ziehen.
13	Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt	Budgetierung ärztlicher Leistungen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich bei den Krankenkassen, den Kassenärztlichen Vereinigungen und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die ärztlichen Leistungen (Gesprächs- und Beratungsleistungen) gegenüber den Patienten aus der Budgetierung herausgenommen werden.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text
14	Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt	Mütterrente II	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass für alle vor 1992 geborenen Kinder 3 Entgeltpunkte in der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Die rentenrechtliche Anerkennung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb durch Steuermittel getragen werden.
15	Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt	Anrechnung der Kinderer- ziehungszeiten für Beamtinnen in NRW	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Kindererziehungszeiten – ähnlich der „Mütterrente“ – bei der Berechnung des Ruhegehaltes berücksichtigt werden.